



Was die SP für die Betroffenen der Corona-Krise bislang erreicht hat

Übersicht über die Bestrebungen der SP Schweiz, während der Covid-19-Krise wirtschaftliche Unterstützungsmassnahmen zu erreichen und zu verstärken.

Die SP Schweiz hat einen enormen Einsatz geleistet, um Unterstützung für alle Personen zu erhalten, die wirtschaftlich von der Coronavirus-Krise betroffen sind. Zu diesem Zweck arbeitete sie natürlich mit ihren üblichen Verbündeten wie den Gewerkschaften oder dem Mieterverband zusammen. Doch um Mehrheiten zu erhalten oder auch einfach den Druck zu erhöhen, bildete die SP weitere Allianzen mit unterschiedlichsten Kreisen: Arbeitgeberorganisationen, Branchenverbänden, Berufsverbänden usw. Selbstverständlich war sie ebenso im Parlament aktiv, um für zahlreiche Motionen Mehrheiten zu erhalten und das Covid-19-Gesetz zu verbessern, das die dringlichen Beschlüsse des Bundesrats in eine dauerhafte Form überführte (und für weitere Dossiers wie die Zusatzkredite, das Solidarbürgerschafts-Gesetz, die Geschäftsmieten usw.). Aus diesem Grund können die Erfolge, die wir hier für uns beanspruchen, auch von anderen beansprucht werden. Wir erheben nicht den Anspruch, sie alleine erzielt zu haben, was in einer Demokratie sowieso überheblich wäre. Wir beanspruchen aber für uns, dass wir in den meisten Fällen die politische Antriebskraft für das Erreichen der Unterstützungen waren.

Anmerkung: Dieses Dokument fasst das Wesentliche zusammen. Es hat keinen Rechtsstatus und manchmal gibt es spezifische Einschränkungen, die hier nicht erwähnt sind.

Inhalt

1	FÜR ANGESTELLTE VON UNTERNEHMEN MIT ZWANGSSCHLIESSUNGEN ODER EINBRECHENDEM UMSATZ	3
2	FÜR ANGESTELLTE ODER SELBSTÄNDIGE IN QUARANTÄNE ODER ISOLATION BZW., DIE WEGEN COVID IHRE KINDER BETREUEN MÜSSEN.....	3
3	FÜR DEN GESUNDHEITSSCHUTZ DER ANGESTELLTEN AM ARBEITSPLATZ, INSBESONDERE DER GEFÄHRDETEN PERSONEN.....	4
4.	FÜR SELBSTÄNDIGE UND IN DER EIGENEN FIRMA ANGESTELLTE KLEINUNTERNEHMENDE.....	4
5	FÜR LERNENDE	6
6	GESCHÄFTSMIETEN.....	6
7	FÜR ARBEITSLOSE.....	7
8	COVID-19-KREDITE	8
9	À-FONDS-PERDU-HILFEN FÜR UNTERNEHMEN.....	9
10	ÖFFENTLICHER VERKEHR	10
11	MEDIEN.....	10
12	KINDERTAGESSTÄTTEN (KITAS) UND HORTE.....	11
13	ENERGIEWENDE.....	11
14	KULTUR	12
15	SPORT.....	12
16	INTEGRATIONSPOLITIK.....	13
17	INTERNATIONALE SOLIDARITÄT.....	13

1 Für Angestellte von Unternehmen mit Zwangsschliessungen oder einbrechendem Umsatz

Ziel: Das Arbeitsverhältnis während der Krise aufrechterhalten und schützen.

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
Administrative Erleichterung für die Bewilligung von Kurzarbeit.	<p>Öffnung der Kurzarbeit für Personen mit befristetem Vertrag und für Arbeitende auf Abruf (sofern sie über einen befristeten Vertrag verfügen).</p> <p>Verlängerung der Höchstbezugsdauer der Kurzarbeitsentschädigung (KAE) von 12 auf 18 Monate.</p> <p>In der Wintersession 2020 haben wir erreicht, dass Personen mit tiefen Löhnen eine Entschädigung von 100 % erhalten.</p>	<p>Erreichen, dass die Kurzarbeit (oder der Staat) die Sozialabgaben der geschlossenen Firmen übernimmt, damit diese keine Probleme haben, ihr Personal auch über eine lange Dauer zu behalten.</p> <p>Die SP will, dass die KAE vollumfänglich auf alle tiefen und mittleren Einkommen bis zum Medianlohn ausgedehnt wird.</p>

Von März bis September hat der Bund 7,5 Milliarden Franken an Unterstützung für die Entschädigungszahlungen geleistet (gemäss Eidgenössischer Finanzkontrolle EFK).

2 Für Angestellte oder Selbständige in Quarantäne oder Isolation bzw., die wegen COVID ihre Kinder betreuen müssen

Ziel: Das Einkommen garantieren und vermeiden, dass den Personen Nachteile entstehen, wenn sie die Gesundheitsregeln einhalten.

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
Ursprünglich: kein Vorschlag.	Zugang zur Lohnausfallversicherung, wenn keine andere Versicherung das Einkommen deckt.	Die Bestimmung so lange wie nötig aufrechterhalten. Eine Erhöhung des Beitrags erreichen, die den betroffenen Personen erlaubt, trotz den eventuell zu übernehmenden Fixkosten ein würdiges Leben zu führen.

3 Für den Gesundheitsschutz der Angestellten am Arbeitsplatz, insbesondere der gefährdeten Personen

Ziel: Ansteckungen bei der Arbeit verhindern und die gefährdeten Personen schützen.

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
<p>Zu Beginn schlug der Bundesrat vor, dass Risikopersonen von der Arbeitspflicht befreit werden sollen, wenn Homeoffice nicht möglich und der Schutz nicht gewährleistet ist. Nach einigen Wochen wollte der Bundesrat diesen Schutz verringern.</p>	<p>Wir haben erreicht, dass der ursprüngliche Schutz wiederhergestellt wurde, aber nur während der ersten Welle.</p>	<p>Mehr Kontrolle an den Arbeitsplätzen zur Einhaltung der gesundheitlichen Sicherheitsmassnahmen.</p> <p>Wir wollen, dass die Lohnausfallentschädigung auch wieder für Risikopersonen gilt, die aus praktischen Gründen an ihrem Arbeitsplatz nicht geschützt werden können und deren Tätigkeit nicht ins Homeoffice verlegt werden kann.</p> <p>Zudem setzen wir uns dafür ein, dass es den Spitälern nicht mehr möglich ist, das Arbeitsgesetz auszusetzen; das Pflegepersonal wurde stark beansprucht. Sowohl für die Gesundheit und Integrität des Pflegepersonals als auch für die Qualität der Pflege und die Sicherheit der Patientinnen und Patienten müssen gute Arbeitsbedingungen gewahrt werden.</p>

4. Für Selbständige und in der eigenen Firma angestellte Kleinunternehmende

Das Wirtschaftsgefüge in der Schweiz besteht aus zahlreichen kleinen Unternehmen in Form einer AG oder GmbH. Die Geschäftsführenden dieser Betriebe haben in normalen Zeiten weder Anrecht auf Arbeitslosengelder noch auf Kurzarbeit. In vielen Fällen sind diese Unternehmerinnen und Unternehmer aber nicht auf Rosen gebettet. Die Krise kann

sie in persönliche finanzielle Schwierigkeiten bringen oder in die Sozialhilfe zwingen und das Überleben der Firma bedrohen.

Da sich in diesem Bereich die Situation immer wieder geändert hat, verzichten wir darauf, jeden einzelnen Schritt der SP-Forderungen aufzuführen.

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat
Im März: Kein Vorschlag	<p>Im April haben wir erreicht, dass angestellte Inhaberinnen und Inhaber bei einer verordneten Schliessung oder bei einem Einbruch der Geschäftstätigkeit ebenfalls von Kurzarbeit profitieren können (für 80 % des Lohns, max. 3320 Fr.).</p> <p>Wir haben auch erreicht, dass Selbständige mit Berufsverbot bzw. deren Tätigkeit eingebrochen ist (zum Beispiel Taxis) Zugang zu EO-Entschädigungen erhalten.</p>
Im Mai: der Bundesrat stoppt die Massnahmen	<p>Wir haben die Wiedereinführung der Massnahmen gefordert; einen Teilerfolg konnten wir mit der Corona-Erwerbsersatzentschädigung verbuchen, die aber leider auf untersagte Aktivitäten beschränkt ist und jene ausschliesst, die finanzielle Einbrüche erleiden. Viele Selbständige und Besitzerinnen und Besitzer von KMU bleiben so auf der Strecke.</p>
Im August hat der Bundesrat im Entwurf zum Covid-19-Gesetz keine Rechtsgrundlage dafür vorgesehen, dass angestellte Inhaberinnen und Inhaber Erwerbsersatz beanspruchen können.	<p>In der Herbstsession des Parlaments haben wir erreicht, dass eine rechtliche Grundlage geschaffen wurde, mit der Selbständigerwerbende, ihre Ehegatten bzw. eingetragene Partnerinnen und Partner sowie Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung und ihre Ehegatten bzw. eingetragene Partnerinnen und Partner EO-Entschädigungen beziehen können.</p> <p>Die Höhe der Gelder beträgt 80 % des AHV-pflichtigen und für die Beitragsabrechnungen 2019 berücksichtigten Einkommens, aber nicht mehr als 196 Franken pro Tag. Der Höchstbetrag der Taggelder beträgt 196 Franken, was einer Lohneinbusse von 7350 Franken entspricht ($7350 \times 0,8 / 30 \text{ Tage} = 196 \text{ Franken/Tag}$).</p> <p>Der Bundesrat hat diese Regelung rückwirkend auf den 17. September in Kraft gesetzt, und sie gilt bis 30. Juni 2021.</p> <p>Die Beiträge werden gewährt bei einem Geschäftsverbot (z. B. Schliessung der Restaurants durch die Behörden), einem Veranstaltungsverbot (z. B. Bühnenbauende), falls die vorgesehene(n) Veranstaltung(en) wegen eines eidgenössischen oder kantonalen Verbots nicht stattfindet/n oder wenn die Veranstaltung(en) nicht genehmigt wurde(n) und bei einer Jahresumsatz-Einbusse von mehr als 55 % gegenüber dem Durchschnitt 2015-2019.</p>
	<p>Bei der Revision des Covid-Gesetzes im Dezember erreichten wir eine weitere Öffnung der Erwerbsersatzentschädigung: Der Schwellenwert für den anfallenden Verlust wurde auf 40 % statt 55 % festgelegt.</p>

Forderungen:

Wir verlangen, dass allen Personen ein Einkommen garantiert wird, deren Einkommen wegen Covid eingebrochen ist, die aber unter keines der Unterstützungsregimes (ALV, KAE, EO) fallen. Es geht darum, allen und möglichst vollständig den erlittenen Schaden auszugleichen.

Insgesamt hat die EO zwischen März und Ende September 2 Milliarden Hilfgelder ausbezahlt (gemäss EFK).

5 Für Lernende

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
Bei der ersten Welle konnten Firmen mit Lernenden auf Kurzarbeitentschädigung (KAE) zurückgreifen.	Diese Massnahme ging mit der Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit zu Ende. Um das duale System in den Schuljahren 2020/2021 und 2021/2022 nicht zu gefährden, übte die SP Druck aus, damit der Bundesrat unter gewissen Bedingungen den Zugang zu KAE für Lernende wieder ermöglichte. Dies ist nun seit dem 18. November 2020 der Fall.	Unterstützung für Firmen mit Lernenden für die nächsten Schuljahre 2021/2022 und 2022/2023, damit die Lehrstellen gewährleistet sind.

6 Geschäftsmieten

Ziel: Vermeiden, dass Kleinunternehmen mit Zwangsschliessungen wegen den Mietkosten Konkurs gehen.

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
Der Bundesrat wollte nicht intervenieren.	Wir haben eine Motion durchgebracht, die ein Gesetz forderte, um die Vermieter zu Mieterlassen von 60 % während den Schliessungen im Frühling zu verpflichten. Der Bundesrat musste in der Folge gegen seinen Willen eine Botschaft vorlegen. Die	Die Ablehnung des ursprünglichen Entwurfs ist ein Desaster. Eigentlich müsste man noch weitergehen und den wirtschaftlichen Verlust der betroffenen Firmen nicht nur für die Einschränkungen im Frühling 2020 (wie im Gesetzesentwurf vorge-

	<p>rechte Mehrheit wollte in der Kommission nicht darauf eintreten; wir haben jedoch im Plenum des Nationalrats mit 91 gegen 89 gewonnen. Im Dezember wurde das Gesetz in beiden Räten durch eine Mehrheit von SVP, FDP und ungefähr der Hälfte der CVP und der Grünliberalen torpediert.</p>	<p>sehen) vollständig ausgleichen, sondern auch für die Einschränkungen der zweiten Welle und darüber hinaus, damit sie überleben und nach der Krise auf einer gesunden Basis neu starten können.</p> <p>Bei einer Schliessung oder bei Einschränkungen muss der Erwerbsausfall komplett gedeckt sein.</p> <p>Im Minimum sollen die gesamte Miete für die Zeit der Zwangsschliessungen sowie die übrigen Fixkosten zurückerstattet werden.</p>
--	---	--

7 Für Arbeitslose

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
<p>Der Bundesrat hat entschieden, dass Arbeitslose, die zwischen März und August 2020 ausgesteuert wurden, bis Ende August 2020 weiter Arbeitslosengelder beziehen konnten.</p>	<p>Dank unserer Hartnäckigkeit wurde die Entschädigungsdauer für ausgesteuerte Arbeitslose verlängert; die Rahmenfrist wurde um 6 Monate verlängert und es wurde ein Maximum von 120 zusätzlichen Taggeldern bewilligt. Das bedeutet, dass eine per Ende Mai 2020 ausgesteuerte Person zusätzliche Entschädigungen erhielt.</p> <p>Zudem haben wir erreicht, dass ältere Arbeitslose, die zwischen 1. Januar 2021 und 30. Juni 2021 ausgesteuert werden, ein Gesuch für Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (Überbrückungsrente) ab 1. Juli 2021 stellen können.</p> <p>Damit müssen diese Personen in den Jahren vor</p>	<p>Nach dem gleichen Schema braucht es eine weitere Verlängerung der Rahmenfrist und der Arbeitslosenentschädigungen, damit Personen, die ausgesteuert werden, nicht doppelt bestraft werden. Denn auch wenn auf eine wirtschaftliche Erholung im zweiten und dritten Quartal 2021 gehofft werden kann, ist es illusorisch, zu glauben, dass diese Personen leicht wieder Arbeit finden. Deshalb muss die Verlängerung der Situation vor Ort entsprechen.</p> <p>Schliesslich braucht es für die Wiedereingliederung der Arbeitslosen zwingend Massnahmen, um die bestehenden beruflichen Wiedereingliederungsmassnahmen zu verstärken und</p>

	<p>ihrer Pensionierung keine Sozialhilfe beziehen. Dies ist zwar ein wichtiger Schritt, genügt aber nicht, denn diese Personen müssen trotzdem noch 6 Monate bewältigen.</p>	<p>den Zugang zu Berufsbildungen und der Grundausbildung zu erleichtern, namentlich indem Finanzhilfen zur Verfügung gestellt werden.</p>
--	--	---

8 Covid-19-Kredite

Ziel: Vermeiden, dass die Firmen unter Rückzahlungsdruck geraten oder mit Liquiditätsengpässen kämpfen müssen.

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
<p>Das System der «Covid Express»-Darlehen in Zusammenarbeit mit den Banken, mit Bürgschaft des Bundes und Nullzins für das erste Jahr.</p> <p>Die Darlehen konnten von März bis Juli für eine Höchstdauer von 5 Jahren gewährt werden.</p> <p>Der Betrag liegt bei höchstens 10 % des Umsatzes.</p>	<p>Verlängerung von 5 auf 8 Jahren.</p> <p>Der Bundesrat ist bereit, ein neues Paket für Covid-19-Darlehen ins Auge zu fassen.</p>	<p>Wir wollen, dass die zum zweiten Mal geschlossenen oder stark eingeschränkten Betriebe wie Restaurants von der Rückzahlungspflicht der Covid-Darlehen befreit werden, die damit zu einer À-fonds-perdu-Hilfe würden.</p> <p>Wir wollen eine Garantie, dass die Zinssätze nicht explodieren, was der Bundesrat und die Rechte bisher abgelehnt haben. Die Zinssätze werden variabel.</p> <p>Wir wollen, dass Unternehmen, die das wünschen, die Möglichkeit haben, neue Covid-Darlehen zu beantragen. Besonders wichtig ist dies für die Maschinenindustrie.</p> <p>Damit die Unternehmen weiter investieren, wünschen wir, dass sie diese Darlehen für Investitionen in Zukunftsprojekte einsetzen können, und nicht nur um den laufenden Betrieb zu gewährleisten.</p>

9 À-fonds-perdu-Hilfen für Unternehmen

Ziel: Den Konkurs der Unternehmen verhindern.

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
Der Bundesrat hatte nichts vorgesehen.	In der Herbstsession haben wir die Einführung im Covid-Gesetz einer À-fonds-perdu-Hilfe für Betriebe erreicht, die zu 50 % von den Kantonen mitfinanziert wird. Für deren Umsetzung hat der Bundesrat 400 Millionen vorgeschlagen, davon die Hälfte zu Lasten der Kantone.	Wir haben mehr Mittel und die Möglichkeit gefordert, dass der Bund über 50 % bezahlt.
	Dank unserem Druck hat der Bundesrat eine zweite Tranche von 600 Millionen beantragt, wovon 20% zu Lasten der Kantone, und so die Gesamthilfe auf 1 Milliarde erhöht.	
	Im Covid-19-Gesetz haben wir erreicht, dass diese Hilfen für Unternehmen ab 50'000 Fr. Jahresumsatz zugänglich sind, und nicht erst ab 100'000 Fr.	
	Am 11. Dezember hat der Bundesrat angekündigt, die Hilfen von 1 auf 2,5 Milliarden aufstocken zu wollen.	
		Grundsätzlicher wollen wir von der «Härtefall»-Logik wegkommen und eine vollständige Entschädigung der geschlossenen oder eingeschränkten Betriebe erreichen. Das Opfer, das diese Firmen erbringen müssen, ist beträchtlich, und es erlaubt der restlichen Wirtschaft, einigermaßen normal zu arbeiten. Wir bleiben dabei, dass die Hilfen, die das Überleben

		garantieren, eine Voraussetzung für die Umsetzung und Anwendung der Gesundheitsmassnahmen sein müssen, die eine Bekämpfung der Pandemie ermöglichen.
--	--	--

10 Öffentlicher Verkehr

Ziel: Den Service aufrechterhalten und Kürzungen oder einen Stopp der mittelfristigen Investitionen vermeiden.

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
Der Bundesrat hat vorgeschlagen, nur den Regionalverkehr zu unterstützen.	Dank uns haben die Kommission und das Parlament schliesslich auch den Lokalverkehr und den Tourismusverkehr unterstützt. Die SP hat vorgeschlagen, dass auch der Fernverkehr unterstützt wird. Leider sind wir hier gescheitert. Es ist der Bereich, in dem die SBB gegenwärtig die höchsten Verluste verzeichnen.	Die momentane Hilfe ist nur eine erste Tranche und wird auf keinen Fall genügen. Wir fordern zusätzliche Hilfen und einen Ausgleich der Verluste über das ganze Jahr inklusive Fernverkehr.

11 Medien

Ziel: Die Erhaltung einer vielfältigen regionalen Medienlandschaft ist für unsere Demokratie lebenswichtig, wie die Arbeit der Medien in dieser Krisenzeit gezeigt hat.

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
Keine Unterstützung für die Medien im Covid-19-Gesetz (Mediengesetz vorrangig)	Wir haben uns im Rahmen des Covid-Gesetzes erfolgreich für die Medien eingesetzt. Die Unterstützung für Medien wurde schliesslich auch ins Covid-Gesetz aufgenommen. Wir haben 30 Millionen Franken für die Radio- und	Wir fordern, dass auch die Online-Medien entsprechende Hilfe erhalten können. Bisher wurden sie in den verschiedenen Plänen vollständig vernachlässigt.

	Fernsehsender erhalten, sowie 25 Millionen indirekter Hilfe für Regionalzeitungen und 10 Millionen für die wichtigsten Zeitungen. Zudem sind die SDA-Dienste für alle ohne Zusatzbezahlung zugänglich.	
--	--	--

12 Kindertagesstätten (Kitas) und Horte

Ziel: Eine Schwächung des sorgfältig aufgebauten Netzes vermeiden.

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
In einer ersten Phase wollte der Bundesrat nicht handeln.	Bereitstellung von Unterstützung, um die Verluste aufgrund des Semi-Lockdowns im Frühling auszugleichen. Die erhaltene Unterstützung ist jedoch auf private Kitas und Horte beschränkt. Im Dezember haben wir in den beiden Kammern eine Motion durchgebracht, mit der diese Hilfe auf öffentliche Kitas und Horte ausgedehnt wird.	Die Umsetzung der Motion durch den Bundesrat. Bei einem zweiten Semi-Lockdown die Bereitstellung einer zweiten Finanzhilfe für die Kitas.

13 Energiewende

Ziel: Investitionen anregen und die Energie- und Klimawende beschleunigen

Vorschlag des UVEK	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
Das Departement hat zusätzliche 46 Millionen zur Unterstützung der Investitionen in Fotovoltaikanlagen deblockiert. Das Jahr 2020 dürfte zum Rekordjahr in Sachen installierte MW in Fotovoltaikanlagen werden.	-	Eine Beschleunigung der Investitionen in die Energiewende.

14 Kultur

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
<p>Der Bundesrat hat eine erste Reihe von Massnahmen für 2020 vorgeschlagen (50 Millionen Franken). Für 2021 ist ein weiteres Massnahmenpaket geplant, um die Kantone bei ihren Hilfen für Kulturunternehmen, Kulturschaffende (Suisseculture Sociale) und Kulturvereine im Laienbereich zu unterstützen.</p>	<p>Auf Druck der SP wurden die Mittel zur Unterstützung der Kultur erhöht (von 100 auf 130 Millionen für 2021). Ebenso wurden die Kurzarbeitsentschädigung KAE auf befristete Arbeitsverträge ausgedehnt, ein zentrales Element für Kulturschaffende.</p>	<p>Eine rasche und effiziente Umsetzung dieser Hilfen. Druck auf die Kantone ausüben, die ihre Arbeit nicht machen. Eine Verbesserung des Status der Kulturakteure (Antrag Christian Dandrès – Inter-mittent-es du spectacle)</p> <p>Eine rückwirkende Anwendung des Rechts auf Entschädigungen für die häufigen befristeten Verträge, eine Erhöhung der Rahmenfristen für den Anspruch auf Arbeitslosengelder auf 4 Jahre. Das Recht auf Unterstützungen für die Kultur, ohne dass dies andere Hilfen des Bundes verhindert. Eine bessere Berücksichtigung der Kulturunternehmen / Selbständigen im Kulturbereich bei den Hilfen für Härtefälle.</p> <p>Eine bessere Berücksichtigung im Sozialversicherungssystem der 312'000 im Kulturbereich im weiten Sinne tätigen Personen.</p>

15 Sport

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
<p>Der Bundesrat hat die Möglichkeit eingeführt, den professionellen und halbprofessionellen</p>	<p>Die SP hat sich dafür eingesetzt, dass die À-fonds-perdu-Beiträge nur zu strengen Bedingungen gewährt</p>	<p>Eine transparente Umsetzung.</p>

nellen Clubs im Team-sport Darlehen zu gewähren.	werden (Transparenz, Kürzung der hohen Löhne, Mittel für den Frauensport und den Nachwuchs etc.).	
--	---	--

16 Integrationspolitik

Ziel: Nachteile für Ausländerinnen und Ausländer im Bereich des Aufenthaltsrechts aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Krise sind zu vermeiden und die Sans-Papiers sind angemessen zu unterstützen.

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
Nichts.	Brief der SPK-N an den Bundesrat auf Antrag der SP-Delegation um zu verhindern, dass Ausländerinnen und Ausländer in ihrem Aufenthaltsrecht wegen einer Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der Pandemie oder der Abhängigkeit von Sozialhilfe benachteiligt werden (siehe hier).	Verzicht auf jede Verschärfung des Aufenthaltsrechts für Ausländerinnen und Ausländer, die Sozialhilfe beziehen. Auch Sans-Papiers müssen einen legalen Zugang zur sozialen Sicherheit und zur Pflege haben, um eine Zunahme der Armut aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu vermeiden.

17 Internationale Solidarität

Ziel: Die Coronavirus-Krise ist nicht zu Ende, solange sie es nicht weltweit ist. Wir müssen deshalb die anderen Staaten im Kampf gegen die Pandemie unterstützen.

Vorschlag des Bundesrats	Was die SP zusätzlich erreicht hat	Was die SP noch erreichen will
Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) beteiligt sich am Kampf gegen die weltweite Covid-19-Krise mit finanzieller Unterstützung und mit Lieferungen von medizinischem Material.	Einreichen der Kommissionsmotion der SPK-N), auf Antrag der SP-Delegation, um die Situation der Flüchtlinge in Griechenland zu verbessern. In der Begründung haben wir auch auf die besonders prekäre Lage der Inseln in der Ägäis wegen des Coronavirus hingewiesen.	Fairer Zugang zum Impfstoff: Die Schweiz müsste in der ganzen Welt dazu beitragen.